

## **Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,**

Was wir hier satirisch aufgegriffen haben, hat natürlich sehr ernste Hintergründe. Auf unserer Kampagnenseite zur Abschaffung des Verfassungsschutzes findet Ihr eine zutiefst verstörende Übersicht über die Skandalgeschichten, die den VS von Anfang an begleitet haben. Keine Behörde mußte mehr Chefs austauschen als unsere vermeintlichen Verfassungsschützer.

Die vom VS selbst behauptete Frühwarn-Funktion ist ein Griff ins Leere. Weder hat der VS in Hamburg die Vorbereitungen des Anschlags vom 11. September mitbekommen, noch konnte er die NSU-Morde und Raubüberfälle verhindern bzw. zur Aufklärung beitragen.

Schlimmer noch: Der Bericht des Thüringer Untersuchungsausschusses hat im Blick auf den Inlandsgeheimdienst festgestellt: Es besteht der „Verdacht gezielter Sabotage oder des bewussten Hintertreibens des Auffindens der Flüchtigen“. Das Fazit aller Landtagsfraktionen lautete: Die Mordserie, die zehn Menschen das Leben kostete, hätte verhindert werden können, wenn alle verantwortlichen Mitarbeiter vor und nach dem Untertauchen des Trios ihre Pflicht erfüllt hätten. Wir wissen heute: Es gab Informationen, die zum NSU hätten führen können; sie wurden aber gegenüber dem Bundeskriminalamt geheim gehalten.

Dies ist erneuter Beleg für unsere Behauptung: Der Verfassungsschutz, wie er irreführend genannt wird, ist schädlich, überflüssig und nicht zu kontrollieren. Denn wie sieht es mit der Kontrolle aus? Mehr als 10.000 Bedienstete von Nachrichtendiensten sollen von einigen wenigen Abgeordneten und anderen kontrolliert werden. Prinzipiell haben die Mitglieder des Parlamentarischen Kontroll-Gremiums „Zutritt zu sämtlichen Dienststellen“ der Geheimdienste ; sie können Einsicht in Akten und Daten verlangen.

Praktisch geschieht nicht das, was das Gesetz verlangt. Heribert Prantl schrieb in der SZ vom 20.08.2014 mit einigem Hang zur Satire: „Die Kontrolleure erfahren bei diesen Gelegenheiten vom Chef des Bundeskriminalamtes und von den Geheimdienst-Präsidenten das, was seit zwei Wochen in der Zeitung steht oder demnächst dort stehen wird.“ Folgerichtig wurde bisher keiner der zahlreichen Geheimdienstskandale von den vermeintlichen Kontrolleuren aufgedeckt. Dies geschah vielmehr durch Journalistinnen wie Andrea Röpke, durch Whistleblower oder andere.

Was geschieht, wenn Geheimdienste nicht zu kontrollieren sind, lehrt uns auch Niedersachsen: Im Mai 2014 wurde bekannt, dass nahezu 40 Prozent aller beim niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz gespeicherten Personen rechtswidrig gespeichert waren. In den Akten fanden sich Angaben zu zahlreichen Minderjährigen, einfachen Moschee-Besuchern oder Menschen, die sich an politischen Protestaktionen beteiligt hatten und daraufhin als Linksextremisten eingestuft worden waren.

Wenn die Zuständigen nicht kontrollieren können, muß sich die Zivilgesellschaft engagieren: Bundesvorstand und Landesverbände der Humanistischen Union haben die Innenminister und Chefs der Landesverfassungsschutzämter aufgefordert, über deren ggf. rechtswidrige Erfassung von Personen Auskunft zu erteilen. Wir wollen, dass auch weitere Task-Forces zum Aufspüren rechtswidriger Erfassung unbescholtener Bürger eingerichtet werden. Die Antworten sind bisher mehr als ernüchternd: Sie reichen von „Rechtswidrige Erfassung ist bei uns völlig undenkbar“ bis zu „Danke für den Hinweis, aber unsere interne Kontrolle ist lückenlos.“ Wir werden auf jeden Fall nachhaken.

Noch ein Wort zur Reform:

Am Mittwoch hat sich der Deutsche Bundestag erneut mit den fünfzig Empfehlungen seines NSU-Untersuchungsausschusses zur verbesserten Arbeit der deutschen Sicherheitsdienste befasst. Das Merkel-Wort von der „bedingungslosen Aufklärung“ der NSU-Morde ist Politik-Phrase geblieben.

So gut wie keine dieser Empfehlungen ist umgesetzt worden. Es muß aber alles getan werden, damit nicht wieder unschuldige Angehörige von Opfern ins Fadenkreuz demütigender Ermittlungen geraten, weil die Ermittlungs-Perspektive borniert den Rechts-Terrorismus ausblendet.

Nur soviel an Reform ist klar: Der Verfassungsschutz soll mehr Kompetenzen und mehr Geld bekommen. Und am V-Mann-Unwesen wird festgehalten. Dabei war es sogar ein V-Mannführer, der in Kassel bei der Ermordung von Halit Yozgat zur Tatzeit am Tatort war. Das alte Lied wiederholt sich: Aus jedem Skandal und jedem Versagen ist der Geheimdienst bisher gestärkt hervorgegangen statt ihn endlich dicht zu machen. Das ist und bleibt ein Skandal, der eines Rechtsstaates unwürdig ist.

Unsere Kampagne zur Auflösung des Verfassungsschutzes soll dazu beitragen, dass sich das nicht wiederholt. Wir wollen dem öffentlichen Vergessen entgegenwirken, dem die meisten Verfehlungen und schuldhaften Verstrickungen des Verfassungsschutzes leider innerhalb viel zu kurzer Zeit unterliegen. Das sind wir besonders den Opfern und ihren Angehörigen schuldig. Und wir wollen mit unserer Kampagne zeigen, dass und wie eine demokratische Gesellschaft auch ohne einen Geheimdienst auskommt, der die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Gesinnungstreue meint überwachen zu dürfen.

Wir erinnern dieser Tage an die deutsche Revolution im Herbst 1989. Wir sagen heute aber auch: Die einstige Aufforderung aus der alten Bundesrepublik ist aktuell wie eh und je. Die Aufforderung nämlich: „Lasst uns mehr Demokratie wagen“. Schicken wir den Verfassungsschutz in Rente, lösen wir die VS-Ämter auf.